

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft  
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft  
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Nr. 292

Sonnabend, den 16. Dezember 1922

17. Jahrgang

### Der Kampf gegen das Deutschtum.

Die französische Politik will durch „Garantien“ und „Pfländer“ im besetzten Gebiet und Außerhalb die Befreiung des besetzten Gebietes, die ihre Annexionspolitik hindern, zwingen. Sie will eine vertragliche und rechtliche Grundlage für ihre Besetzungs- und Eroberungspolitik erzwingen. Lloyd George hat in einem Aufsehen erregenden Artikel diese brutale Gewalt- und Eroberungspolitik Frankreichs vor aller Welt gebrandmarkt. Er hat auch ihren Hauptgrund festgestellt: Die an Befessenheit grenzende Furcht der Franzosen vor Revanche, die er für unvermeidlich erklärt, wenn die Franzosen das Rheinland bergewaltigen sollten. Der Ausgang dieses zukünftigen Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Die Volkszahl und eigentümliche Kraft Frankreichs gehen zurück, während die deutsche Bevölkerung wächst. Hier liegt der letzte und tiefste Grund zu Frankreichs Rheinpolitik. Durch die Annexion des Rheinlandes und Beschlagnahme des Ruhrgebietes soll Deutschland nicht nur vernichtet und verflutet, soll nicht nur die Einheit des Reiches zerstört werden, — es soll vor allem dem absterbenden französischen Volkstum in den Rheinländern neues Blut, eine wachsende Menschenproduktion zugesührt werden. Die ganze französische Politik der „friedlichen Durchdringung“ der Rheinlande ist heute schon darauf abgestellt, die Rheinländer geistig vom Deutschtum loszuhaben. Hat man sich doch schon erlaubt, zu behaupten, die Bewohner des linken Rheinufers seien eigentlich keine Deutschen, sondern Kelten, und ihre Sympathien stünden ganz auf Seiten Frankreichs. Frankreichs letztes Ziel ist tatsächlich, die durch Gewalt annektierten Rheinländer so lange zu bearbeiten, bis nach zwei bis drei Generationen sie französisch denken und fühlen.

Parallel mit dieser Verdrängung deutschen Landes und deutschen Volkstums im Westen läuft die von Frankreich unterstützte Raubpolitik der Polen im Osten. Auch die Polen wollen, wie die Tschechen im Süden, „entgermanisieren“. Aber der Kampf der slavischen Völker gegen das Deutschtum wird in einer anderen Art geführt als der französische Kampf im Westen. Diese Völker sind ja Kinderreich. Ihr Kampf ist ein Kampf um den Boden. Sie wollen die deutschen Bauern, die deutschen Ansiedler, die deutschen Geschäftsmänner vertreiben, kurz: die den Deutschen gehörigen landwirtschaftlichen, kaufmännischen und industriellen Betriebe mit Gewalt an sich bringen und alle deutschen Elemente über die Grenzen jagen. Bei diesem Kampf wird nicht einmal der Schein von Recht und Gerechtigkeit zu mahnen versucht. Deutsche Schulen, deutsche Kultureinrichtungen, deutsche Vereine werden rücksichtslos unterdrückt und ausgeblutet. Die französische Politik führt diese Gewaltmaßnahmen der slavischen Staaten mit allen Mitteln; sie setzt ihren ganzen Einfluß beim Völkerbunde dafür ein, alle Stillen der so bergewaltigen deutschen „Minderheiten“ unter den Tisch fallen zu lassen.

So sehen wir den Ring der Feinde um Deutschland herum an einer bedrohlichen „Entgermanisierungsarbeit“. Eine ungeheure Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes lastet auf uns. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Es geht nicht nur um uns, um unsere Generation, um unser Wohl und Wehe, es geht um die Existenz und Entwicklungsmöglichkeit der ganzen zukünftigen Generationen. Niedergang, Schwäche, Verfall im Innern, Machtlosigkeit durch Mangel an Einheit und Geschlossenheit muß in den Grenzgebieten zu Verlust an deutschem Lande, zum Tode lebendiger deutscher Volksglieder führen. Das sollten wir nicht vergessen.

### Das Zentralproblem der Weltwirtschaftspolitik.

#### Erklärung Poincarés.

In der Kammerrede am Freitag gab Poincaré eine Uebersicht über die politischen Ereignisse der letzten Woche. Die allgemeine Lage habe sich seit einem Monat nicht verschlechtert, sondern gebessert. Das Werk der Regierung sei in vollkommener Uebereinstimmung mit den im Parlament gegebenen Erklärungen. Jegliche Erregung der öffentlichen Meinung sei also überflüssig. Die Londoner Besprechungen hätten in der gesunden und freundschaftlichen Atmosphäre stattgefunden. Der gegen Frankreich ungerichtete Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals Widerhall finden. In London habe er einfach die Ideen entwickelt, die er auch in der Kammer ausgeführt habe, und er habe seine Haltung in keinem Punkt zu ändern brauchen. Deutschland gegenüber könne er auf seine Forderungen nicht verzichten. Die alliierten Schulden, die 72 Milliarden Goldmark erreichten, hätten nicht in gleichem Rang gestellt

werden mit den deutschen Schulden. Die Alliierten könnten unter sich die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschulden repariert habe.

Trotzdem gilt Poincarés Stellung für sehr ernstlich, so daß sein Rücktritt nach hier herrschender Auffassung mit Sicherheit zu erwarten ist, selbst wenn die bevorstehende Kammerdebatte mit einer Art von provisorischem Vertrauensvotum abgilt.

Die Lage Poincarés dürfte vor allem deshalb gefährdet sein, weil die Mehrheit der Kammer, und der Senat mit dem Bezicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes einverstanden sind. (Auch eine Gruppe der radikal-sozialistischen Partei ist gegen jedes Unternehmen im Rheinlande.) Jetzt wird man wohl in den maßgebenden französischen Kreisen wissen wollen, ob diese Absichten endgültig aufgegeben sind. Man erwartet mit besonderer Spannung die Rede des Abgeordneten Foret, eines der besten Redner der Kammer, der die Notwendigkeit einer schnellen Gesamterklärung von Reparationsfrage und Schuldenproblem betont und vermuthlich andeuten wird, warum Poincaré nach seiner Ansicht nicht mehr der richtige Mann für diese Aufgaben ist. Sollte Poincaré auf der Betonung des Vertrauens zu seiner allgemeinen Politik bestehen, so würden sich voraussichtlich diese Abgeordnete der Zustimmung enthalten. In diesem Falle wäre mit dem freiwilligen Rücktritt Poincarés zu rechnen, wobei nochmals betont sei, daß dieses Ereignis vielleicht erst im Laufe der nächsten oder gar übernächsten Woche eintritt.

### Bonar Law gegen die französische Gewaltpolitik.

Im Auslande ist der falsche Eindruck hervorgehoben worden, daß bei der letzten Londoner Konferenz Bonar Law sich schnell mit Poincaré geeinigt habe, nachdem er in brüskier Weise die Note des deutschen Reichskanzlers Cuno verworfen habe. Der Fall liegt keineswegs so. Nicht nur hat Bonar Law genaue Erhebungen über die Erklärungen des deutschen Kanzlers anstellen lassen, sondern er hat auch hervorgehoben, daß seiner Meinung nach „der Brief einen bedeutenden Schritt vorwärts seitens Deutschland darstelle“ und auch einen Ausdruck guten Willens der deutschen Regierung bilde. Bonar Law erwidert vor allem Reiches des guten Willens in den Vorschlägen des deutschen Kanzlers darin, daß er die Rückkehr flüchtigen deutschen Kapitals nach Deutschland befürwortet habe. Ebenso haben auch die Vorschläge für eine internationale Anleihe einen guten Eindruck gemacht.

Nach einem eben eingetroffenen Telegramm hat Bonar Law auf dem Kongreß des national-antifranzösischen Verbandes wieder erklärt, was auch das Ergebnis der alliierten Konferenz sein werde, sicherlich würden die Aussichten auf eine Lösung des Problems erheblich verzögert, wenn alle damit Befassten guten Willen hätten.

### Im Unterhause.

Nach der gestrigen Reparationsdebatte kann man keinen Zweifel hegen an der Einstimmigkeit der englischen Meinung über die Reparationsfrage. Die vollkommene Einheit der Front in dieser Frage bedeutet ein seltenes Ereignis. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die klaren und stellenweise zurückhaltenden Erklärungen Bonar Laws keine tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben, sondern von der großen Mehrheit des englischen Parlaments angenommen worden sind, so daß man dies wohl als den reinsten Ausdruck des englischen Volkswillens seit einer Reihe von Jahren anprechen kann. Es ist sicher, daß seine Rede großen Einfluß auf die kommenden Dispositionen in der europäischen Politik haben wird. Ramsay MacDonald erklärte, weder Frankreich noch Italien könnten Schulden bezahlen. Das einzige Land, das noch Hilfe leisten könne, sei Amerika. Zur Frage der Besetzung des Ruhrgebietes erklärte er, es sei eine wohlbedachte Tatsache, daß militärische Drohungen mehr getan hätten, den Monarchismus in Deutschland wieder zu beleben, als irgend etwas anderes. Morel sprach es offen aus: Das Rheinland sei behandelt worden wie eine eroberte Provinz. Die französische Militärpolitik gehe darauf aus, es von Deutschland zu trennen. Auch Sir Robert Hudson richtete an die Regierung die Aufforderung, ihr Neuhertes zu tun, um eine endgültige Reparationssumme festzusetzen. Er widersetzte sich entschieden der französischen Politik, die darauf gerichtet sei, Deutschland zu zerstören und fordert die Regierung auf, bis zur äußersten Grenze des Risikos zu gehen, um Frankreich zu verhindern, eine unabhängige Aktion zu unternehmen.

### Die französische Presse zu Bonar Laws Erklärungen.

Der Welt Parisien kommt zu dem Schluß, daß Bonar Law seinen guten Willen deutlich kundgegeben habe, Frankreich so gut wie nur möglich beizugehen. Betis Journal will besonders zwischen den Zeilen der Rede Bonar Laws lesen, daß dieser Frankreich sein volles Recht zugesieht, allein zu handeln. (Wah!) Das Blatt meint, daß die Politik der

freundschaftlichen Zusammenarbeit mit England gegenfeitige Konzessionen voraussetzt.

### Amerikanische Anleihe

Aus New York wird gemeldet: In politischen und finanziellen Kreisen ist man immer mehr davon überzeugt, daß die Beteiligten Staaten durch ihre großen Bunkern an einer großen internationalen Anleihe teilnehmen werden, die dazu bestimmt ist, Deutschland zu sanieren, aber nur unter der Voraussetzung, daß eine endgültige Summe für die Reparationsleistungen von den Alliierten festgesetzt wird und Frankreich seine Politik der Gewalt und Zwangsmassnahmen aufgibt.

Allgemein nicht man nämlich dem Befehl des Präsidenten Harding bei dem Staatssekretär Hughes, unmittelbar, nachdem Morgan bei diesem war, große Bedeutung bei. Man glaubt nämlich, daß Morgan Versuch die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe von 1½ Milliarden Dollar an Deutschland, unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimmt, zum Gegenstand hatte. Der „New York Herald“ bestätigt dies und bemerkt die amerikanische Regierung und amerikanischen Bankiers nähmen ein direktes Interesse daran.

Hierzu wird uns jedoch folgendes gemeldet: Die Abreise des amerikanischen Botschafters in London Herbert Hoover im Zusammenhang mit den Berichten über den Besuch Morgans bei Hughes und der Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe für Deutschland große Beachtung und wird als eine Verneuerung der Anzeichen für die amerikanischen Interventionabsichten angesehen. Die Blätter weisen besonders auf die kürzliche Londoner Konferenz der amerikanischen Botschafter unter dem Vorsitz Herbert Hoovers hin.

### Amerika gegen den Poincarismus.

Senator Hitchcock erklärte, Frankreich lege durch den Friedensvertrag den Vernichtungskrieg gegen Deutschland gemäß Clemenceaus Anfindigung fort. Die französischen Reparationsforderungen überstiegen jetzt Deutschlands Kräfte und untergräben den deutschen Kredit. Die Franzosen machten die Besetzung des Rheinlandes unerträglich durch das Auftreten ihrer farbigen Truppen und jedes erdenkliche andere Mittel, die deutsche Bevölkerung zu demütigen und herabzusetzen. Lloyd George habe das wahre Ziel der gegenwärtigen französischen Politik aufgezeigt. Ferner meldet New York Herald, Poincaré sei gewarnt worden, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine extreme Politik zu treiben, welche die neue veröhnliche Haltung auf amerikanischer und englischer Seite ungünstig beeinflussen könnte.

### Rückkehr des Staatssekretärs Bergmann.

Staatssekretär Bergmann ist wieder in Berlin eingetroffen, hat dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen Bericht erstattet und wird mit den für die Reparationsfrage in Betracht kommenden Ressorts weitere Besprechungen abhalten. Auf der Grundlage seines Berichtes will der Reichskanzler mit Sachverständigen aus den verschiedensten Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens in Gedankenaustausch treten. Da man mit den bisherigen großen, aus dem ganzen Reich beschickten Sachverständigenkonferenzen keine besonders guten Erfahrungen gemacht zu haben scheint, besteht die Absicht, eine kleinere Kommission hervorragender Fachleute und Sachkennner aus den in Frage kommenden Gebieten zu berufen, die ständig verlammt sein und die ihr vorgelegten Fragen prüfen soll. Die Reichsregierung bleibt bei ihrem Entschluß, an der Abfung des Reparationsproblems aktiv mitzuwirken, und sie will bis zum 2. Januar auf der Grundlage der jetzt beginnenden Besprechungen neue Vorschläge ausarbeiten.

### Amerikanische Hilfsaktion.

#### 70 Millionen Dollar für Lebensmittel.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Mitglied des Kongresses Newton eine Entschließung eingebracht, nach der eine Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und Oesterreich abzuwehren. Für diesen Betrag sollen in den Vereinigten Staaten Lebensmittel eingekauft werden, die vom amerikanischen Roten Kreuz mit Hilfe der Organisationen des deutschen und des österreichischen Roten Kreuzes verteilt werden sollen.

Newton wies darauf hin, daß der Friedensvertrag von Deutschland die Herausgabe von Millionen und anderen für die Ernährung wichtigen Dingen forderte und daß eine große Menge Kohlen von Frankreich und Belgien weggenommen wurde, und sagte sodann: Wir sind eine christliche Nation. Ich bin dessen sicher, daß Amerika nicht zusehen will, wie hilflose Frauen und Kinder durch Kälte und Hunger zugrunde gehen. Das Volk, das jetzt in Deutschland und Oesterreich leidet, ist nicht das Volk, das den Krieg begonnen hat. Das deutsche Volk hat den Kaiser vertrieben und eine Republik ge-

Wissensmaßnahmen  
Vertretung sowohl  
Organisation, wie  
Berufe erfüllt. An  
Möglichkeit nun  
trauschuldes wird  
In Aussicht ge-  
nen: Die Not der  
Kirche. Die

ntest: Dertel; 11  
nachm. 42 Uhr  
48 Uhr Taufnot-  
dienst; Dersog-  
ungsmännerverein  
tag fällt aus.  
48 Uhr Kirchen-  
Adventsgottes-  
mahlsfeier; Leb-  
erabend. Freitag  
dienst K. Dertel.

tesdienst, Beichte  
45 Uhr Christ-  
des Kirchenswerts.  
ng von W. Claus-  
nisch. Steuer und  
Abendmahlsfeier

74.)  
Gottesdienst.  
Freunde und

chung.  
Zucker.  
im Einverständnis  
für den Klein-  
ge worden:  
210 Mark  
230  
230

schäftsstelle im  
vom 3. Okt. 1922.  
er Befragung Ein-  
- Vollgelabteilung.

hrer  
nfabrik  
m a.

teure,  
ung haben,  
Angebote  
erbeten.

al  
hopsa  
Mols